

## Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Stadtrates vom 17.03.2011 um 17.00 Uhr im Sitzungssaal  
des Rathauses

- Fortsetzung der Stadtratssitzung vom 16.03.2011 -

---

Anwesend: Oberbürgermeister Müller

UsW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Günther

Stadtrat Lorenz (ab 17.10 Uhr, Ziffer 1)

Stadtrat May (ab 17.10 Uhr, Ziffer 1)

Stadtrat E. Müller

Stadtrat M. Müller (ab 18.12 Uhr, Ziffer 2, A, i)

Stadträtin Richter

Stadtrat Schmidt\_

CSU-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Moser

Stadträtin Schwab

Stadtrat Stiller

Stadträtin Stocker

Stadtrat Weiglein\_

SPD-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Dr. Endres-Paul

Stadtrat Heisel

Stadträtin Glos

Stadträtin Kahnt

FW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Haag

Stadträtin Wachter

Stadträtin Wallrapp

KIK-Stadtratsfraktion:

2. Bürgermeister Christof

Stadtrat Steinruck

Stadtrat Popp

ödp-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Pauluhn (ab 17.05 Uhr, Ziffer 1)

Stadträtin Schmidt

ProKT-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Böhm

Ortssprecher

Frau Schlötter (Sickershausen)

Berufsmäßige Stadträte: Rodamer

Berichterstatter: Verwaltungsrat Hartner

Stadtplaner Neumann

Stadtkämmerer Weber

Frau Hafner

Frau Heger

Herr Haupt (Ziffer 1)

Protokollführer: Verwaltungsfachwirt Müller

Entschuldigt fehlten: Stadtrat Ferenczy  
Stadträtin Mahlmeister  
Bürgermeisterin Regan  
Ortssprecher Pfrenzinger

### Feststellung gemäß § 27 der Geschäftsordnung

Sämtliche Mitglieder des Stadtrates waren ordnungsgemäß geladen. Von den 31 Mitgliedern sind zu Beginn der Sitzung mehr als die Hälfte anwesend. Der Stadtrat ist somit beschlussfähig. Es gibt keine Einwände gegen die Tagesordnung.

#### 1. Nordtangente BA III b Grundsatzbeschluss Zustimmung Förderprogramm "Staatsstraßenumfahrungen in gemeindlicher Sonderbaulast"

##### **Mit 21 : 4 Stimmen**

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Die Stadt Kitzingen erklärt sich bereit, unter der Voraussetzung der Aufnahme in das Förderprogramm „Staatsstraßenumfahrung in gemeindlicher Sonderbaulast“, den höhenfreien Knotenpunkt Nordtangente mit St 2271 herzustellen. Eine entsprechende Kreuzungsvereinbarung wird zwischen der Stadt Kitzingen und dem Freistaat Bayern erstellt.

#### 2. Beratung des Verwaltungshaushaltes 2011

##### A. Anträge und Anregungen der Fraktionen und Gruppen

###### a) 5652.5010 – Dreifachturnhalle Sickergrund – Unterhalt Gebäude

Die öpd beantragt den Ansatz für den Unterhalt in der Dreifachturnhalle Sickergrund zu erhöhen.

Die ausführliche Stellungnahme der Hochbauverwaltung wird zur Kenntnis genommen.

###### b) 5921.5130 – Wein- und Naturlehrpfad Repperndorf

Die FW bittet die Sanierung des Lehrpfades abzuschließen.

Die Stellungnahme, wonach die Sanierung des Lehrpfades bis zum Saisonbeginn erledigt sein werde, wird zur Kenntnis genommen.

###### c) 6011.6556 – Energieagentur Oberfranken

Die KIK erkundigt sich nach den Ergebnissen der Energieagentur Oberfranken.

Oberbürgermeister Müller weist darauf hin, dass noch keine Ergebnisse vorliegen. 2. Bürgermeister Christof erklärt, dass unter diesen Umständen eine Kündigung angebracht sei, da Ergebnisse bis zu den Haushaltsberatungen zugesagt waren, um die Mittel für eine Umsetzung entsprechend einstellen zu können. Darüber hinaus

gibt er zu Bedenken, dass aufgrund der vertraglichen Gestaltung nicht nachzuvollziehen sei, welche Leistungen im Detail erbracht werden müssen.  
Dipl. – Ing. Rützel erklärt, dass frühestens ab 9. Juni die ersten Ergebnisse vorliegen würden.

Stadträtin Schwab erklärt, dass aufgrund der Ergebnisse das Landratsamt von einer weiteren Zusammenarbeit mit der Energieagentur Oberfranken Abstand genommen habe und dies nun in Eigenregie durchführe.

Oberbürgermeister Müller stellt klar, dass man zunächst die Ergebnisse abwarten müsse und verweist auf bereits vorliegende Ansätze zur Stadtbetriebe GmbH, die durchaus positiv seien. Anschließend könne man über das weitere Vorgehen beraten.

Dies wird zur Kenntnis genommen.

d) 6709.6342 – Straßenbeleuchtung - Stromkosten

Die ödp bittet, die erhebliche Steigerung gegenüber 2009 zu erläutern.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer verweist auf die Stellungnahme, wonach es sich um keine Steigerung handle, sondern der Ansatz zu hoch geschätzt war.

Dies wird zur Kenntnis genommen.

e) 7000.5151 – Abwasserbeseitigung – Untersuchungen und Überprüfungen

Die ödp bittet, für die Dichtigkeitsüberprüfung des städtischen Kanalsystems in den nächsten Jahren die entsprechenden Mittel einzustellen.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer verweist auf die Diskussion im Verlauf der Haushaltsberatung, wonach nach Mitteilung der Tiefbauverwaltung im Laufe der nächsten vier Jahre 250.000,00 € für die Dichtigkeitsprüfung eingestellt werden müssten. Eine Finanzierung könne lediglich über eine höhere Rücklagenentnahme bzw. über die Erhöhung der Grundsteuer erfolgen. Im Übrigen weist er darauf hin, dass es sich bei der Abwasserbeseitigung um eine kostenrechnende Einrichtung handle und im Folgenden die Gebühren angehoben werden müssten.

Stadtrat Pauluhn stellt dar, dass die Stadt ab 2015 ohnehin verpflichtet sei, diesen Nachweis zu erbringen.

Im Folgenden diskutieren die Stadträte ausführlich über die Einstellung der Mittel und sehen im Grunde einen Handlungsbedarf bei der Dichtigkeitsüberprüfung, geben jedoch die Kosten sowie die im Folgenden anfallenden Investitionskosten zu bedenken.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer erklärt, dass es unmöglich ist während den Haushaltsberatungen einen Antrag über 1 Mio. € unterzubringen. Vielmehr hätte die Mehrgang rechtzeitig zur Umsetzung auch unter Berücksichtigung einer entsprechenden Gebührenerhöhung und in vorheriger Absprache mit dem Bayerischen Kommunalen Prüfungsverband erfolgen müssen. Dies alles sei bisher leider nicht erfolgt.

Oberbürgermeister Müller bittet um Abstimmung, ob in den nächsten 5 Jahren jeweils 250.000,00 € zur Dichtigkeitsüberprüfung der städtischen Kanäle eingestellt werden.

**Mit 11 : 14 Stimmen**

Es besteht Einverständnis damit, für die Dichtigkeitsprüfung der städtischen Kanäle in den nächsten 5 Jahren jeweils 250.000,00 € einzustellen.

Oberbürgermeister Müller stellt fest, dass der Antrag abgelehnt wurde.

f) UA 8801 – Wohn- und Geschäftsgrundstücke

Die FW erkundigt sich nach der Nutzung des Alten Feuerwehrgerätehauses Reppendorf.

Die Stellungnahme, wonach die Verhandlungen mit der Burschenschaft Reppendorf noch andauern, wird zur Kenntnis genommen.

g) Gruppe 6510 – Bücher, Zeitschriften, Ergänzungslieferungen

Die SPD bittet hinsichtlich der Gruppe 6510 im gesamten Haushalt die Ansätze anzupassen.

Die Stellungnahme der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Stadträtin Wallrapp ist der Auffassung, dass der Bezug der Ergänzungslieferungen auch über das Internet abgewickelt werden könnte, so dass die Kosten reduziert werden können, wodurch sich ebenfalls der Verwaltungsaufwand reduzieren würde. Stadtrat Weiglein bestätigt dies und bittet, verschiedene Online-Dienste für die Verwaltungsarbeit zu prüfen.

Oberbürgermeister Müller erklärt, dass alle zwei Jahre ein Abgleich der benötigten Ergänzungslieferungen erfolge. Gleichwohl sagt er zu, diese Möglichkeit zu prüfen. Dies wird zur Kenntnis genommen.

h) Flächenmanagement

Die SPD beantragt, Mittel für das Flächenmanagement einzustellen und hierfür eine halbe Stelle zu schaffen bzw. die Vergabe an ein Büro zu tätigen.

Oberbürgermeister Müller weist darauf hin, dass dies im Rahmen der Beratung des Stellenplans erfolge.

Dies wird zur Kenntnis genommen.

i) Mediator

Stadträte verschiedener Fraktionen beantragen zur Aussprache zwischen dem Stadtrat und der Verwaltung einen Mediator zu engagieren und hierfür Mittel in Höhe von 3.000,00 € bereitzustellen.

Oberbürgermeister Müller begrüßt die Einstellung der Mittel, um eine Aussprache – nicht zwangsläufig im Rahmen einer Klausur – zwischen dem Stadtrat und der Verwaltung führen zu können.

Bürgermeister Christof hält eine Aussprache für zwingend notwendig, jedoch bedürfe es dafür keines Mediators. Der Stadtrat und die Verwaltung sollten sich ohne Diskussion die Meinung sagen, wonach anschließend die entsprechenden Rückschlüsse gezogen werden könnten.

Stadtrat Schmidt ist der Auffassung, dass man einen Mediator nicht benötige, da zu einer demokratischen Meinungsfindung eine Diskussion notwendig sei. Seiner Auffassung nach sollte man sich die Sachlichkeit bewahren. Aus diesem Grund bittet er, dass man zukünftig wieder die Fraktionen und Gruppen abfrage, um ggf. die Eine oder Andere Wortmeldung vermeiden zu können.

Bei folgender Diskussion geben die Gegner und Befürworter ihre Argumente entsprechend wieder.

### **Mit 16 : 9 Stimmen**

Dem Antrag auf Schluss der Debatte von Stadträtin Richter wird stattgegeben.

### **Mit 14 : 12 Stimmen**

Es besteht Einverständnis, im Haushalt 2011 für einen Mediator zur Aussprache zwischen Stadtrat und Verwaltung Mittel in Höhe von 3.000,00 € einzustellen.

## **B. Sonstige Anfrage des Stadtrates**

### **a) Anfragen von 2. Bürgermeister Christof - Höhe der Telefonkosten**

2. Bürgermeister Christof verweist auf die Gruppe 6521 – Fernsprechgebühren und fragt nach der Möglichkeit einer Flatrate.

Herr Zürrlein, Leiter EDV nimmt ausführlich zu den Telefonverträgen der Stadt Kitzingen Stellung, verweist auf einen früheren Wechsel mit den damit verbundenen Schwierigkeiten und erklärt, dass in der Gruppe 6521 neben den eigentlichen Telefonkosten auch die Sicherheits-DLS Leitungen für die Außenstellen verbucht werden, die einen erheblichen Umfang der Kosten auslösen. Dies wird zur Kenntnis genommen.

### **b) Anfrage von Stadträtin Wallrapp**

UA 4999 – Seniorenbefragung durch die Fa. Modus

Stadträtin Wallrapp fragt nach, ob die Seniorenbefragung bereits abgeschlossen sei.

Verwaltungsrat Hartner weist darauf hin, dass die Befragung abgeschlossen sei und dem Referenten für Senioren und Menschen mit Behinderung, Herrn Stadtrat Popp übermittelte wurde. Er sagt zu, jeder Fraktion bzw. Gruppe eine Ausfertigung zu übermitteln.

### **c) Hinweis von Oberbürgermeister Müller**

Beschlussentwurf zum Haus Marienthal

Oberbürgermeister Müller verweist auf den vorliegenden Vermerk zum Haus Marienthal und die Formulierung eines Beschlusses, so wie dieser in der Sitzung am 14.04.2011 gefasst werden könnte.

Stadtrat Moser ist der Auffassung, dass die Angelegenheit sehr eilig sei, da bei der Schuleinschreibung bereits die Plätze des Hortes mit angeboten werden sollen.

Oberbürgermeister Müller sagt zu, in nachfolgender nichtöffentlicher Sitzung hierüber nochmals kurz zu informieren.

Hiermit besteht Einverständnis.

### **d) Anfrage von Stadtrat Pauluhn**

Erneuerung der Brücke zur Mondseeinsel

Stadtrat Pauluhn verweist auf die Aussagen zur Mondseebrücke, wonach es neben den bekannten Mehrkosten bisher zu keinen Erhöhungen kommen sei und fragt nach, wie die Mittel im Haushalt eingestellt seien.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer erklärt, dass gegenwärtig, 2,130 Mio. € im Haushalt eingestellt seien, worauf Dipl. – Ing. Richter ergänzt, dass darüber hinaus keine weiteren Mehrkosten bekannt seien.  
Dies wird zur Kenntnis genommen.

**Oberbürgermeister Müller schließt die öffentliche Sitzung um 18.35 Uhr.**

Oberbürgermeister

Protokollführer